

## **V-3 Sicherer Hafen Berlin: Zugangswege ermöglichen, Asylrecht bewahren**

Antragsteller\*in: Markus Schopp (KV Berlin-Mitte)

Tagesordnungspunkt: TOP 5 Verschiedenes

### **Antragstext**

1 Bündnis 90/Die Grünen Berlin lehnen die Pläne der Bundesregierung ab, sogenannte  
2 Grenzverfahren unter haftähnlichen Bedingungen für Asylsuchende einzuführen und  
3 im Rahmen des EU-Asyl- und Migrationspakts die Rechte schutzsuchender Menschen  
4 massiv einzuschränken.

5 Berlin hat im vergangenen Jahr zehntausende Geflüchtete aus der Ukraine sowie  
6 aus anderen Konflikt- und Krisenregionen willkommen geheißen, aufgenommen und  
7 versorgt. Das war eine große humanitäre Leistung sowohl der Zivilgesellschaft  
8 wie auch der Berliner Verwaltung. Um die Aufgabe der Unterbringung und  
9 Versorgung schutzsuchender Menschen umfassend erfüllen zu können, benötigen die  
10 Länder weitere finanzielle Unterstützung des Bundes. Doch anstatt ihrer  
11 humanitären Pflichten angesichts vor Krieg und Verfolgung fliehender Menschen  
12 gerecht zu werden und die Länder ausreichend finanziell zu unterstützen, fordert  
13 die Bundesregierung auf EU-Ebene die massivste Einschränkung des Asylrechts seit  
14 dem sogenannten Asylkompromiss 1993.

15 Die aktuell auf EU-Ebene diskutierte Asylverfahrens-Verordnung sieht  
16 Grenzverfahren unter haftähnlichen Bedingungen vor. Dabei geht es nicht um  
17 rechtsstaatliche Asylverfahren, sondern im Kern um Zulässigkeitsprüfungen unter  
18 Anwendung der Fiktion der Nicht-Einreise, bei der zahlreiche Schutzsuchende ohne  
19 inhaltliche Prüfung der Asylgründe zügig wieder abgeschoben werden können. Das  
20 führt weder zu mehr Humanität noch zu mehr Ordnung, sondern zu weiterer Gewalt  
21 an den EU-Außengrenzen. Auch Berlin wäre direkt betroffen, da die Grenzverfahren  
22 für alle Schutzsuchenden aus Ländern mit einer Anerkennungsquote von unter 20%  
23 verpflichtend sein sollen. Dies würde auch Asylsuchende in Berlin betreffen, die  
24 unter haftähnlichen Bedingungen untergebracht werden müssten. Aus dem  
25 Ankunftszentrum in Reinickendorf würde so ein Haftzentrum.

26 Wir lehnen diese Vorhaben der Bundesregierung entschieden ab. Gemeinsam mit der  
27 geplanten Ausweitung Sicherer Dritt- und Herkunftsstaaten und der Verschärfung  
28 der Dublin-Regelungen sehen die Pläne der Bundesregierung eine weitestgehende  
29 Aushöhlung des Rechts auf Asyl sowie der Genfer Flüchtlingskonvention vor. Damit  
30 wären auch die Möglichkeiten Berlins Asylsuchende menschenwürdig unterzubringen

31 und faire, rechtsstaatlich und menschenrechtlich einwandfreie Verfahren zu  
32 ermöglichen, ernsthaft gefährdet.

33 Wir fordern die Bundesregierung deshalb mit Nachdruck auf, im Rahmen des Justiz-  
34 und Innenrates der EU am 8./9. Juni 2023 sowie des EU-Rates am 29./30. Juni 2023  
35 die Asylverfahrens-Verordnung sowie weitere Asylrechtsverschärfungen abzulehnen  
36 und die Rechte Geflüchteter zu wahren.

### **Begründung**

Über die Medien von Bundesinnenministerin Nancy erfahren, dass die Bundesregierung auf EU-Ebene unter anderem sogenannte Grenzverfahren für Asylsuchende an den Außengrenzen, eine massive Ausweitung der angeblich "sicheren" Dritt- und Herkunftsstaaten sowie die Inhaftierung von Asylsuchenden fordert. Dies wäre ein Bruch mit der Geltung der Genfer Flüchtlingskonvention in der EU und ein Schlag ins Gesicht all derer, die seit Jahren für den Erhalt des Asylrechts und eine humane Geflüchtetenpolitik kämpfen. Zudem würden die sogenannten Grenzverfahren unter haftähnlichen Bedingungen auch in Deutschland und damit in Berlin Anwendung finden können. Die gesamte Entwicklung ist bitter, da mit der Ampel-Koalition die Hoffnung auf einen Wandel in der Geflüchtetenpolitik verbunden war. Es ist vollkommen inakzeptabel, dass unter Grüner Regierungsbeteiligung im Bund nun Grüne Kernpositionen aufgegeben werden.

Völlig überraschend kommt nun hinzu, dass der Flüchtlingsgipfel am 10. Mai ein Bekenntnis zu den genannten auf EU-Ebene diskutierten Einschränkungen des Asylrechts enthält und damit eine Dynamik verstärkt wird, die in der weitgehenden Aushöhlung des Asylrechts in der EU zu enden droht. Dem müssen wir uns als Bündnis 90/Die Grünen Berlin entschieden entgegenstellen. Da der Beschlussvorschlag zum Flüchtlingsgipfel erst heute bekannt geworden ist und die mögliche Aufgabe Grüner Kernpositionen innerhalb der Bundesregierung droht ist eine Positionierung dringlich geboten.

### **Unterstützer\*innen**

Svenja Borgschulte (KV Pankow), Birgit Vasiliades (KV Steglitz-Zehlendorf), Bakri Haj Bakri (KV Mitte), Fiona Macdonald (KV Mitte), Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei), Melanie Müller (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Philip Alexander Hiersemenzel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Franziska Zeiner (KV Berlin-Neukölln), Annika Fischer-Uebler (KV Berlin-Neukölln), Karl-Heinz Garcia Bergt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei), Daniel Jochum (LV Grüne Jugend Berlin), Qosay Amer (KV Berlin-Neukölln), Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow), Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln), Evalotte Mohren (LV Grüne Jugend Berlin), Christiane Howe (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Olga Koterewa (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Shirin Kreße (LV Grüne Jugend Berlin), Jan Stiermann (KV Berlin-Neukölln), Antje Wilmink (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vivien Bohm (KV Berlin-Mitte),

Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Lennard Gottmann (KV Berlin-Mitte), Anna Susanna Schwarz (KV Berlin-Neukölln), Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte), Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Leonie Back (LV Grüne Jugend Berlin), Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Luis Höhne (LV Grüne Jugend Berlin), Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte), Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Swantje May (KV Berlin-Neukölln), Clemens Kühnpast (KV Ortenau), Dominik Reich (KV Berlin-Neukölln), Charlotte Foerster-Baldenius (KV Berlin-Neukölln), Silas Theile (KV Berlin-Neukölln), Thomas Dikant (KV Berlin-Neukölln), Lela Sisauri (KV Berlin-Mitte), Kathleen Wabrowetz (KV Berlin-Neukölln), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Robert Losensky (KV Berlin-Spandau), Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg), Lara Schneider (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Tjado Stemmermann (LV Grüne Jugend Berlin), Philip Rexin (KV Berlin-Mitte), Daniel Dressler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Lucie Schröder (LV Grüne Jugend Berlin), Philipp Läufer (KV Berlin-Mitte), Christine Pinto (KV Berlin-Mitte), Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln), Joulian Kreit (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Reswan Sandjer (LV Grüne Jugend Berlin), Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Marlene Komitsch (KV Berlin-Treptow/Köpenick)